

**Zweckverband Bauhof
Reichenbach – Hochdorf**

Vorlage ZVB01/2017

Datum: 10.10.2017
Amt: Kämmerei
Verantwortlich: Steiger, Wolfgang
Aktenzeichen: 771.72
Vorgang:

 Unterschrift

Beratungsgegenstand

Jahresabschluss und Jahresbericht 2016 - Feststellung

Verbandsversammlung des Zweckverbandes Bauhof **27.11.2017** **öffentlich** **beschließend**

Anlagen:
Jahresabschluss ZV Bauhof 2016

Finanzielle Auswirkungen:

Beschlussvorschlag:

Der Jahresabschluss und Jahresbericht 2016 wird wie folgt festgestellt :

Jahresabschluss des Zweckverbandes Bauhof Reichenbach-Hochdorf für das Wirtschaftsjahr 2016

Die Verbandsversammlung hat am 27.11.2017 den Beschluss über den Jahresabschluss des Zweckverbandes Bauhof Reichenbach-Hochdorf für das Wirtschaftsjahr 2016 (01.01. - 31.12.2015) gefasst :

1. Bilanzsumme	585.311,14 €
1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf	
A. das Anlagevermögen	299.299,00 €
B. das Umlaufvermögen	272.300,42 €
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.401,86 €
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	11.309,86 €
1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
A. buchmäßiges Eigenkapital	0,00 €
B. Rückstellungen	27.239,00 €
C. die Verbindlichkeiten	558.072,14 €
1.3 Jahresgewinn/Jahresverlust (-)	-15.889,61 €
1.3.1 Summe der Erträge	1.780.222,14 €
1.3.2 Summe der Aufwendungen	1.796.111,75 €

2. Der Jahresverlust 15.889,61 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

3. Die Betriebsleitung wird für das Jahr 2016 entlastet.

4. Der Lagebericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Jahresabschluss

zum

31. Dezember 2016

und Lagebericht

**Zweckverband
Reichenbach –
Hochdorf**

Filsstraße 18
73262 Reichenbach



DENNENMOSER + PARTNER

Wirtschaftsprüfer · Steuerberater
Partnerschaftsgesellschaft mbB
Stadtplatz 17-19 · 73249 Wernau

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
HAUPTBERICHT	
Auftrag	3
Auftragsdurchführung	3
Feststellung zur Rechnungslegung	4
Rechtliche Verhältnisse	5
Ertragslage	7
ZUSAMMENFASSENDES ERGEBNIS	8
BESCHEINIGUNG	9
JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT	
Bilanz zum 31.12.2016	11
Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2016 bis 31.12.2016	13
Anhang für das Geschäftsjahr 2016	15
Anlagenspiegel zum 31.12.2016	19
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016	20
ERLÄUTERUNGSBERICHT	
Erläuterungen zu den Bilanzposten	33
Erläuterungen zu den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung	42
ANLAGEN	
Allgemeine Auftragsbedingungen	48

HAUPTBERICHT

Auftrag

Die Geschäftsführung der Firma **Zweckverband Bauhof Reichenbach - Hochdorf** (im Folgenden auch „Gesellschaft“ genannt), hat uns beauftragt,

- die Bilanz zum 31. Dezember 2016,
- die Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2016 und
- den Anhang

unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung aus den uns vorgelegten Belegen, Büchern und Bestandsnachweisen unter Berücksichtigung der uns erteilten Auskünfte zu erstellen. Eine Plausibilitätsbeurteilung der dem Jahresabschluss zu Grunde liegenden Belege, Bücher und Bestandsnachweise war nicht Gegenstand unseres Auftrags.

Dieser Auftrag wurde auf dieser Grundlage von uns angenommen und ausgeführt.

Auftragsdurchführung

Wir haben den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 auf der Grundlage der uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise sowie der uns erteilten Auskünfte unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden der Bestimmungen der Satzung erstellt.

Bei der Ausführung dieses Auftrags haben wir die Verlautbarungen der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durch Steuerberater beachtet.

Der Auftrag umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Anhangs auf der Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Geschäftsbücher, Belege, Bestandsverzeichnisse und sonstige Unterlagen haben wir in dem uns notwendig erscheinenden Umfang eingesehen.

Art, Umfang und das Ergebnis der von uns im Einzelnen durchgeführten Arbeiten haben wir in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

Die Durchführung unseres Auftrags erfolgte im Monat Juli 2017 mit zeitlichen Unterbrechungen in unserer Kanzlei.

Mit Ausnahme des Anlagenverzeichnisses waren wir mit der Führung des Inventars oder sonstiger Bestandsnachweise nicht betraut. An der Inventur der Warenvorräte haben wir nicht beobachtend teilgenommen.

Die erbetenen Auskünfte und Nachweise wurden bereitwillig erteilt, die erforderlichen Aufzeichnungen und Unterlagen vollständig zur Verfügung gestellt.

Nach der uns übergebenen berufsüblichen "Vollständigkeitserklärung" sind im Jahresabschluss zum 31.12.2016 alle Vermögensgegenstände und Schuldposten sowie alle buchungspflichtigen Geschäftsvorfälle und alle erkennbaren Risiken berücksichtigt.

Für die Durchführung des Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu etwaigen anspruchsberechtigten Dritten, unsere diesem Bericht als Anlage beigefügten "Allgemeine Auftragsbedingungen", Stand vom Juli 2017, maßgebend.

Feststellungen zur Rechnungslegung

Die **Buchführung** des Geschäftsjahres wurde mit den Schlussbilanzwerten des Vorjahres eröffnet.

Die Buchführung wurde nach dem System der doppelten kaufmännischen Buchhaltung durch elektronische Datenverarbeitung vom Auftraggeber selbst erstellt.

Die einzelnen Buchungen sind aus den Kontokarten und Buchungsjournalen ersichtlich. Damit sind auch die Grundlagen für die Archivierung gegeben.

Eine generelle Prüfung des Rechnungswesens und des verwendeten EDV-Programms lag nicht im Rahmen des uns erteilten Auftrags.

Die Kontensalden des Berichtsjahres wurden in unserer Kanzlei aus der uns übergebenen Buchhaltung auf das EDV - System cs:Plus der ADDISON cs:Plus GmbH übernommen. Mit diesem System wurden auch die noch erforderlichen Um-, Nach- und Abschlussbuchungen erstellt.

Das **Anlagevermögen** wird in elektronischer Form von uns geführt. Zu- und Abgänge wurden von uns überprüft. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres wurden von uns gebucht.

Die **Vorräte** wurden von der Gesellschaft zeitnah aufgenommen und sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet worden.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden auf Debitoren- bzw. Kreditorenkonten verbucht. Die Konten sind abgestimmt.

Kassenbuch und Kontoauszüge der Banken zum Bilanzstichtag liegen vor. Die Übereinstimmung mit den Bilanzansätzen ist gegeben.

Rechnungsabgrenzungen und Rückstellungen wurden von uns ermittelt und gebucht. Die hierfür erforderlichen Belege und Berechnungen liegen vor.

Rechtliche Verhältnisse

Firma:	Zweckverband Bauhof Reichenbach - Hochdorf
Rechtsform:	Zweckverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts
Sitz der Gesellschaft:	73262 Reichenbach
Anschrift:	73262 Reichenbach Filsstraße 18
Aufgaben des Zweckverbands:	<p>Bereithaltung, Ausstattung und Betrieb des kommunalen Bauhofes, einschließlich Räum- und Streudienst, soweit nicht Dritte, wie andere Straßenbaulastträger oder Grundstückseigentümer, verpflichtet sind, Wasserversorgung, Nahwärmeversorgung, Landschafts- und Grünpflege.</p> <p>Der Zweckverband hat außerdem die Aufgabe, auf konkrete Anforderung eines Verbandsmitglieds technische und pflegerische Aufgaben sowie Dienst- und Hilfsdienste aller Art im kommunalen Bereich zu erfüllen und/oder Geräte und Personal zur Verfügung zu stellen. Leistungen aller Art für Dritte darf der Zweckverband nur im Ausnahmefall erbringen.</p> <p>Der Zweckverband erstrebt keinen Gewinn.</p> <p>Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, den Zweckverband bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen.</p>
Struktur:	<p>Die Aufgabenbereiche sind organisatorisch in nachstehenden Sachgebiete zusammengefasst:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Wasserversorgung: Rohrbruchbeseitigung, Rohrnetzkontrolle2. Bauhofleistungen: Winterdienst, Straßenunterhaltungs- und Kanalarbeiten3. Gärtnerei: Grünflächenunterhaltung, Sportplatzpflege4. Verwaltung und Betriebsleitung
Verbandsversammlung:	<p>Die Verbandsversammlung besteht satzungsgemäß pro Gemeinde aus den Bürgermeistern und jeweils vier weiteren Vertretern (insgesamt 10 Personen).</p>
Satzung:	<p>Es gilt die Satzung über den Zweckverband Bauhof Reichenbach - Hochdorf vom 21. Oktober 2003 in der Fassung vom 26. September 2005.</p>

Geschäftsführer:

Gerd Richter

Wirtschaftsjahr:

Beginn: 01.01.

Ende: 31.12.

Finanzamt:

Esslingen

Steuernummer:

59316/00745

Ertragslage

Gegenüberstellung der Erfolgsrechnung des Geschäftsjahres 2016 und des Vorjahres.

Erfolgsrechnung	31.12.16 Wertangabe: €	31.12.16 Anteil an: Leistung %	31.12.15 Wertangabe: €	31.12.15 Anteil an: Leistung %	31.12.16 Änd.gegenü.: 31.12.15
+ Umsatzerlöse	1.771.429	100,00	1.575.511	100,00	12,44
= Zwischensaldo 1	1.771.429	100,00	1.575.511	100,00	12,44
+ Sonst.betr.Erträge	8.793	0,50	5.539	0,35	58,74
= Zwischenergebnis 2	1.780.222	100,50	1.581.050	100,35	12,60
- Materialaufwand	395.912	22,35	282.548	17,93	40,12
- Löhne u.Gehälter	752.725	42,49	676.440	42,93	11,28
- Soz.Abgaben etc.	169.831	9,59	152.365	9,67	11,46
- Abschreibungen	71.044	4,01	42.644	2,71	66,60
- Sonst.betr.Aufwendungen	389.185	21,97	424.037	26,91	-8,22
= Zwischenergebnis 3	1.525	0,09	3.015	0,19	-49,41
+ Zinsertrag	0	0,00	4	0,00	-100,00
- Zinsaufwand	10.954	0,62	10.884	0,69	0,64
(Zinsergebnis)	-10.954	-0,62	-10.880	-0,69	0,68
= Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-9.428	-0,53	-7.865	-0,50	19,88
= Ergebnis vor Steuern	-9.428	-0,53	-7.865	-0,50	19,88
- Steuern EE	3.723	0,21	10.205	0,65	-63,52
- Sonstige Steuern	2.738	0,15	2.869	0,18	-4,57
= Ergebnis GuV	-15.890	-0,90	-20.938	-1,33	-24,11

(EDV-bedingte Rundungsdifferenzen sind möglich)

Zusammenfassendes Ergebnis

Vorjahresabschluss

Der von der Geschäftsführung vorgelegte Jahresabschluss zum 31.12. des Vorjahres wurde am 15. November 2016 von der Versammlung einstimmig ohne Gegenstimme festgestellt.

Er bildete die Grundlage für das Rechnungswesen und den Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2016.

Jahresabschluss

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden auf Basis der uns vorgelegten Unterlagen und der uns erteilten Auskünfte nach den gesetzlichen Gliederungs- und Bewertungsvorschriften und der ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages erstellt und aus den Büchern der Gesellschaft entwickelt. Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte wurden gemäß Anweisung durch die Geschäftsführung ausgeübt. Der Anhang enthält die erforderlichen Erläuterungen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie die sonstigen Pflichtangaben.

Nachweis durch die Geschäftsführung

Die Geschäftsführung der Gesellschaft hat alle von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise bereitwillig erbracht.

Nach der von der Geschäftsführung abgegebenen Vollständigkeitserklärung sind in der Bilanz die Vermögens- und Schuldposten vollständig enthalten. Nach der Vollständigkeitserklärung bestanden am Bilanzstichtag keine weiteren angabepflichtigen Haftungsverhältnisse, sowie keine sonstigen finanziellen Verpflichtungen als aus der Bilanz bzw. dem Anhang ersichtlich sind.

Bescheinigung

Wir haben auftragsgemäß den nachstehenden Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, des Zweckverband Bauhof Reichenbach - Hochdorf für das Geschäftsjahr vom 01.01.2016 bis 31.12.2016 unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages erstellt.

Grundlage für die Erstellung waren die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte.

Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung der Verlautbarung der Bundessteuerberaterkammer zu den Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Anhangs auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

73249 Wernau, den 24. Juli 2017


DENNENMOSER + PARTNER
Wirtschaftsprüfer · Steuerberater
Partnerschaftsgesellschaft mbB



Michael Klein
Wirtschaftsprüfer
Steuerberater

JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€	€	€
BILANZ zum 31. Dezember 2016			
AKTIVA			
A. Anlagevermögen			
I. Sachanlagen			
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		299.299,00	272.905,00
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	60.286,38		73.082,36
2. fertige Erzeugnisse und Waren	<u>2.277,60</u>	62.563,98	2.145,99
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	185.223,36		154.606,59
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:	0,00 € (Vj. 0,00 €)		
2. sonstige Vermögensgegenstände	<u>8.556,40</u>	193.779,76	23.297,00
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr:	0,00 € (Vj. 0,00 €)		
III. Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten			
		15.956,68	16.131,77
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
		2.401,86	1.991,42
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			
		11.309,86	0,00
SUMME AKTIVA		<u><u>585.311,14</u></u>	<u><u>544.160,13</u></u>

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€	€	€
BILANZ zum 31. Dezember 2016			
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
I. Gewinnvortrag		4.579,75	19.487,00
II. Zuzahlungen Gemeinden		0,00	6.031,15
III. Jahresfehlbetrag		15.889,61-	20.938,40-
IV. nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		11.309,86	0,00
Summe Eigenkapital		<u>0,00</u>	<u>4.579,75</u>
B. Rückstellungen			
1. sonstige Rückstellungen		27.239,00	24.919,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	514.199,89		460.464,88
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 203.170,59 € (Vj. 137.852,46 €)			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	32.727,82		43.255,95
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 32.727,82 € (Vj. 43.255,95 €)			
3. sonstige Verbindlichkeiten	<u>11.144,43</u>	558.072,14	10.940,55
- davon aus Steuern: 11.144,43 € (Vj. 10.886,88 €)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0,00 € (Vj. 0,00 €)			
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: 11.144,43 € (Vj. 10.940,55 €)			
SUMME PASSIVA		<u><u>585.311,14</u></u>	<u><u>544.160,13</u></u>

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€	€	€
Gewinn- und Verlustrechnung vom 01.01.2016 bis 31.12.2016			
1. Umsatzerlöse		1.771.428,92	1.575.511,15
2. sonstige betriebliche Erträge			
- Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens	3.150,00		2.394,50
- sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>5.643,22</u>	8.793,22	3.144,75
3. Materialaufwand			
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	207.059,47		147.527,60
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>188.852,61</u>	395.912,08	135.020,57
4. Personalaufwand			
- Löhne und Gehälter	752.725,08		676.440,38
- soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>169.831,30</u>	922.556,38	152.364,77
5. Abschreibungen			
- auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		71.043,67	42.644,38
6. sonstige betriebliche Aufwendungen			
- Raumkosten	104.803,14		105.206,99
- Grundstücksaufwendungen	137,29		135,46
- Versicherungen, Beiträge und Abgaben	4.202,60		4.135,76
- Reparaturen und Instandhaltungen	42.664,94		45.039,51
- Fahrzeugkosten	98.949,22		100.812,40
- Werbe- und Reisekosten	498,40		755,05
- verschiedene betriebliche Kosten	137.928,06		165.905,31
- Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1,00		2.047,00
- sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>0,03</u>	389.184,68	0,01
Übertrag:		<u>1.525,33</u>	<u>3.015,21</u>

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	€	€	€
Übertrag:		1.525,33	3.015,21
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		0,00	4,35
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		10.953,70	10.884,16
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>9.428,37-</u>	<u>7.864,60-</u>
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		3.722,99	10.204,53
11. sonstige Steuern		<u>2.738,25</u>	<u>2.869,27</u>
12. Jahresfehlbetrag		<u><u>15.889,61-</u></u>	<u><u>20.938,40-</u></u>

Anhang für das Geschäftsjahr 2016

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss des Zweckverbandes Bauhof Reichenbach - Hochdorf wurde entsprechend §§ 7 ff. der Verordnung des Innenministeriums über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe (im Folgenden kurz „Eigenbetriebsverordnung“) auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellt.

Der Zweckverband wird nach dem Eigenbetriebsrecht geführt. Es gelten die Bestimmungen der §§ 18 bis 20 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ).

II. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungsmethoden

Die vorliegende Gliederung des Jahresabschlusses basiert auf geschäftszweigtypischen Formblättern gemäß § 330 HGB. Dabei wurde für die Bilanz das Formblatt 1 zu § 8 Abs. 1 Satz 1 der Eigenbetriebsverordnung und für die Gewinn- und Verlustrechnung das Formblatt 4 zu § 9 Abs. 1 der Eigenbetriebsverordnung herangezogen und in Einzelheiten ergänzt. Für den Anlagennachweis wurden die Formblätter 2 und 3 zu § 10 Abs. 2 der Eigenbetriebsverordnung herangezogen.

Die geschäftszweigtypischen Gliederungen und Ergänzungen betreffen im Einzelnen:

- § 268 Abs. 1 bis 3, § 270 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 sowie § 272 des Handelsgesetzbuches finden keine Anwendung.
- § 285 Nr. 8 und § 286 Abs. 2 und 3 des Handelsgesetzbuches finden keine Anwendung.
- Ein Stammkapital ist gemäß § 12 Abs. 1 der Satzung über den Zweckverband Bauhof Reichenbach - Hochdorf nicht festgesetzt.

Im Jahresabschluss sind sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten enthalten, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Die Posten der Aktivseite sind nicht mit Posten der Passivseite verrechnet worden.

Bewertungsmethoden

Die Wertansätze der Anfangsbilanz des Geschäftsjahres stimmen mit denen der Schlussbilanz des vorangegangenen Geschäftsjahres überein. Bei der Bewertung wurde von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen. Die Vermögensgegenstände und Schulden wurden einzeln bewertet.

Es ist vorsichtig bewertet worden, namentlich sind alle vorhersehbaren Risiken und Verluste, die bis zum Abschlussstichtag entstanden sind, berücksichtigt worden, selbst wenn diese erst zwischen dem Abschlussstichtag und der Aufstellung des Jahresabschlusses bekannt geworden sind. Gewinne sind nur berücksichtigt, soweit sie bis zum Abschlussstichtag realisiert wurden. Aufwendungen und Erträge des Geschäftsjahres sind unabhängig vom Zeitpunkt der Zahlung berücksichtigt worden.

Einzelne Positionen wurden wie folgt bewertet:

ANLAGEVERMÖGEN

Das Anlagevermögen weist nur Gegenstände aus, die dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauernd zu dienen.

Erworbene immaterielle Anlagewerte wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und sofern sie der Abnutzung unterlagen, vermindert um die planmäßigen Abschreibungen bewertet.

Die Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet.

Grundlage der planmäßigen Abschreibung war die voraussichtliche Nutzungsdauer des jeweiligen Vermögensgegenstandes.

Die Abschreibungen wurden beim beweglichen Anlagevermögen linear vorgenommen.

Entsprechend steuerrechtlicher Vorschriften wurden abnutzbare, bewegliche Anlagegüter, die einer selbstständigen Nutzung fähig sind, mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten über 150 €, aber nicht über 1.000 € in einen Sammelposten eingestellt, der in den Folgejahren mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd aufgelöst wird. Beim Ausscheiden eines derart erfassten Vermögensgegenstandes wird der Sammelposten nicht vermindert.

Soweit der nach den vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Gegenständen des Anlagevermögens über dem Wert lag, der ihnen am Bilanzstichtag beizulegen war, wurde dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

UMLAUFVERMÖGEN

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurden zu durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt.

RÜCKSTELLUNGEN

Die Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages ermittelt und angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen.

VERBINDLICHKEITEN

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Sofern die Tageswerte über den Erfüllungsbeträgen lagen, wurden die Verbindlichkeiten zum höheren Tageswert angesetzt.

III. Angaben zur Bilanz**1. Anlagevermögen**

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist aus dem gesonderten Anlagennachweis ersichtlich. Hieraus ergeben sich auch die Abschreibungen des Geschäftsjahres (§ 268 II HGB).

2. Betrag der Verbindlichkeiten und Sicherungsrechte mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren

Der Gesamtbetrag der bilanzierten Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren beträgt 46.358,10 €.

Die nachfolgende Darstellung zeigt Restlaufzeiten und Sicherungsrechte der in der Bilanz aufgeführten Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von über 5 Jahren:

Art der Verbindlichkeit	Laufzeit größer 5 Jahre €	Sicherung €	Vermerk
gegenüber Kreditinstituten	46.358,10	keine	
Summe	46.358,10		

3. Haftungsverhältnisse aus nicht bilanzierten sonstigen finanziellen Verpflichtungen

Neben den in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten bestehen in Höhe von 115.529,94 € sonstige finanzielle Verpflichtungen.

Im Einzelnen beinhalten diese Verpflichtungen folgende Sachverhalte:

Leasingverpflichtung gg. Schwarz Landtechnik Ökotech bis 30.06.2020	39.224,22 €
Mietverpflichtung gg. Gem. R'bach für Filsstraße bis 12/2017	24.075,72 €
Mietverpflichtung gg. Gem. R'bach für Kanalstr. bis 12/2017	1.350,00 €
Mietverpflichtung gg. Gem. R'bach für Weinbergstr. bis 12/2017	17.160,00 €
Mietverpflichtung gg. Gem. H'dorf für Brunnenwiesenweg bis 12/2017	33.720,00 €

4. Aufgliederung der Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse werden gemäß § 285 Nr. 4 HGB wie folgt aufgegliedert:

<u>Tätigkeitsbereich</u>	<u>Umsatz in T-Euro</u>
Wasserversorgung	477,0
Gärtnerei	671,1
Bauhof	<u>623,3</u>
	<u>1.771,4</u>

5. Erläuterung der periodenfremden Aufwendungen

In der Erfolgsrechnung sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 0,00 € enthalten.

IV. Sonstige Pflichtangaben

1. Angaben über Mitglieder der Versammlung

Während des abgelaufenen Geschäftsjahres gehörten die folgenden Personen der Versammlung an:

- Herr Bürgermeister Bernhard Richter (Verbandsvorsitzender)
- Herr Bürgermeister Gerhard Kuttler (stellv. Verbandsvorsitzender)
- Frau Andrea Bagdahn (Hochdorf)
- Frau Sabine Fohler (Reichenbach)
- Herr Alexander Hottenroth (Reichenbach)
- Herr Ali Izmir (Hochdorf)
- Herr Rudolf Krämer (Hochdorf)
- Herr Andreas Löffler (Reichenbach)
- Herr Karl Neher (Reichenbach)
- Herr Markus Steinhauser (Hochdorf)

2. Vergütungen der Mitglieder der Versammlung

Die Gesamtbezüge des Verbandsvorsitzenden beliefen sich auf 2.400,00 €, die Gesamtbezüge des stellvertretenden Verbandsvorsitzenden auf 1.200,00 € und die der Mitglieder der Versammlung auf insgesamt 200,00 €.

3. Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer

Die nachfolgenden Arbeitnehmergruppen waren während des Geschäftsjahres im Unternehmen beschäftigt:

<u>Arbeitnehmergruppen</u>	<u>Zahl</u>
Arbeiter / Angestellte = Beschäftigte n.TVöD	19,00

Die Gesamtzahl der zum 31. Dezember 2016 beschäftigten Arbeitnehmer (Beschäftigte nach TVöD) beträgt 19,00.

73262 Reichenbach, 24. Juli 2017



(Gerd Richter)

ANLAGENNACHWEIS

vom 01.01.16 bis 31.12.16

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten €	Zugänge €	Abgänge €	Umbuchungen €	Zuschreibungen €	Abschreibungen (kumuliert) €	Buchwert 31.12. €	Buchwert Vorjahr €	Abschreibungen Geschäftsjahr €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände									
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	548,91	0,00	0,00	0,0	0,00	548,91	0,00	0,00	0,00
Summe	548,91	0,00	0,00	0,0	0,00	548,91	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen									
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.102.057,97	97.438,67	30.654,52	0,00	0,00	3.869.543,12	299.299,00	272.905,00	71.043,67
Summe	4.102.057,97	97.438,67	30.654,52	0,00	0,00	3.869.543,12	299.299,00	272.905,00	71.043,67
Summe Anlagevermögen	4.102.606,88	97.438,67	30.654,52	0,00	0,00	3.870.092,03	299.299,00	272.905,00	71.043,67

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016

INHALT

1. ALLGEMEINE ANGABEN	21
2. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN ERTRÄGEN UND AUFWENDUNGEN	22
3. UMSATZERLÖSE UND AUFTRAGSVOLUMEN	24
4. BILANZIERUNG	25
5. VERRECHNUNGSSÄTZE UND PRODUKTIVITÄT	27
6. PERSONAL	29
7. INVESTITIONEN	30
8. WEITERBILDUNG / FORTBILDUNG / SICHERHEIT	30
9. RÜCKBLICK / AUSBLICK / PERSPEKTIVE 2017 FF.	30
10. NACHTRAGSBERICHT	31

1. Allgemeine Angaben

Die Bauhöfe der Gemeinden Reichenbach und Hochdorf wurden gemäß der Gemeinderatsbeschlüsse vom 29. April 2003 (Gemeinde Hochdorf; Gemeinderatsdrucksache Nr. 16/2003) und vom 06. Mai 2003 (Gemeinde Reichenbach; Gemeinderatsdrucksache Nr. 62/2003) in einen gemeinsamen Zweckverband (im Folgenden auch kurz „ZV“) ausgegliedert.

Der ZV wird nach den Vorschriften des Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (GKZ), des Eigenbetriebsgesetz (EigBG) für das Land Baden-Württemberg und der Eigenbetriebsverordnung (EigBVO) für das Land Baden-Württemberg sowie nach den Bestimmungen der Satzung über den ZV vom 21. Oktober 2003 in der Fassung vom 26. September 2005 geführt.

Zu den Aufgaben des ZV gehören insbesondere die Bereithaltung, Ausstattung und Betrieb des kommunalen Bauhofes, einschließlich Räum- und Streudienst, soweit nicht Dritte, wie andere Straßenbau- lastträger oder Grundstückseigentümer, verpflichtet sind, Wasser- und Nahwärmeversorgung, Landschafts- und Grünpflege.

Der Zweckverband hat außerdem die Aufgabe, auf konkrete Anforderung eines Verbandsmitglieds technische und pflegerische Aufgaben sowie Dienst- und Hilfsdienste aller Art im kommunalen Bereich zu erfüllen und/ oder Geräte und Personal zur Verfügung zu stellen. Der Zweckverband ist berechtigt, sich dabei Dritte zu bedienen. Leistungen aller Art für Dritte darf der Zweckverband nur im Ausnahmefall erbringen.

Seit dem Jahr 2006 werden die hoheitlichen Aufgaben und die Arbeiten im Betrieb gewerblicher Art gemäß der Oberfinanzdirektion in zwei getrennten Buchungskreisen geführt und bearbeitet.

Seit dem Jahr 2007 wurde die Dienstvereinbarung zur Einführung leistungs- und/ oder erfolgsorientierter Entgelte und die Vereinbarung eines betrieblichen Systems nach § 18 Abs. 6 Satz 1 TVöD eingeführt.

Seit dem 01. April 2010 werden bestimmte Daueraufträge gemäß verschiedener Leistungsverzeichnisse nach Einheitspreisen abgerechnet. Diese Einheitspreise wurden seither nicht verändert.

Seit dem 01. August 2011 werden Einzelaufträge unverändert mit einem einheitlichen Verrechnungssatz von 47,17 €/h abgerechnet.

Der Zweckverband erstrebt keinen Gewinn.

Die Abrechnungen werden monatsweise erstellt.

Für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen finden die entsprechenden Bestimmungen des Eigenbetriebsgesetzes sinngemäß Anwendung.

Die Versammlung des Zweckverbandes Bauhof Reichenbach – Hochdorf besteht satzungsgemäß pro Gemeinde aus den Bürgermeister und jeweils 4 weiteren Vertretern (insgesamt 10 Personen). Die Versammlung tagt 1 bis 2 mal im Jahr in den Angelegenheiten des Zweckverbandes. Die Sitzungsgelder und die Aufwandsentschädigungen für den Vorstandsvorsitzenden und dessen Stellvertreter werden als „sonstiger betrieblicher Aufwand“ über den Zweckverband abgerechnet.

2. Erläuterungen zu den Erträgen und Aufwendungen

Der Zweckverband stellt den Ämtern der Gemeinden (Auftraggeber) die Leistungen in Rechnung. Die Ertragslage stellt sich im Geschäftsjahr 2016 im Vergleich zu den Vorjahren wie folgt dar:

	2016		2015		2014	
	T-Euro	%-Satz	T-Euro	%-Satz	T-Euro	%-Satz
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe bezogene Leistungen	207,06	11,53%	172,94	10,80%	205,38	12,39%
Personalaufwand	922,56	51,36%	828,81	51,74%	824,15	49,65%
<i>enthaltene Rückstellungen</i>	18,64	1,04%	16,42	1,02%	14,90	0,90%
Abschreibungen	71,04	3,96%	42,64	2,66%	53,08	3,20%
Zinszahlungen	10,95	0,61%	10,90	0,68%	14,52	0,87%
Betriebsaufwand	332,02	18,49%	340,29	21,24%	342,83	20,65%
Verwaltungsaufwand	57,17	3,18%	56,27	3,51%	43,05	2,59%
übrige Aufwendungen	6,46	0,36%	15,12	0,94%	11,69	0,70%
Gesamtaufwand	1.796,11	100,00%	1.601,99	100,00%	1.659,91	100,00%
Umsatzerlöse	1.771,43	98,63%	1.575,51	99,65%	1.675,46	101,18%
<i>davon Personalerlöse</i>	1.366,72	76,09%	1.267,55	80,17%	1.341,05	80,99%
Sonstige betriebliche Erträge	8,79	0,49%	5,54	0,35%	13,57	0,82%
Gesamtertrag	1.780,22		1.581,05		1.689,03	
Ergebnis G+V	-15,89		-20,94		29,12	

Die Umsatzerlöse konnten von 1.575,51 € im Jahr 2015 um 195,92 € oder 12,4 % auf 1.771,43 € im Jahr 2016 gesteigert werden. Der Gesamtertrag ist von 1.581,05 € im Jahr 2015 um 199,17 € oder 12,6 % auf 1.780,22 € im Jahr 2016 gestiegen.

Korrespondierend zum gestiegenen Gesamtertrag ist der Gesamtaufwand von 1.601,99 € im Jahr 2015 deutlich um 194,12 € oder 12,1 % auf 1.796,11 € im Jahr 2016 gestiegen. Wesentliche Gründe für den Anstieg des Gesamtaufwands sind der gestiegene Personalaufwand, die durch die Neuinvestitionen gestiegenen Abschreibungen sowie der zur Erzielung des höheren Gesamtertrags erforderlichen Materialien und die bezogenen Leistungen.

Der Anstieg der Materialkosten und der bezogenen Leistungen resultiert aus den höheren Umsatzerlösen. Die Materialkosten und die bezogenen Leistungen werden den Gemeinden dabei mit einem Gemeinkostenzuschlag von 5 % in Rechnung gestellt

Der Anstieg des Personalaufwands resultiert aus der Neueinstellung zweier zusätzlicher Mitarbeiter im vierten Quartal 2015, einem zeitlich befristeten Arbeitsvertrag im Jahr 2016 sowie den tariflichen Lohnerhöhungen. Die Neueinstellung zweier Mitarbeiter im vierten Quartal 2015 wirkt sich erstmals im Geschäftsjahr 2016 in vollem Umfang auf den Personalaufwand aus.

Die Zinszahlungen lagen im Jahr 2016 auf Vorjahresniveau.

Der Zweckverband strebt gemäß Satzung keinen Gewinn an und erwirtschaftet seine fixen und variablen Kosten durch den Personaleinsatz. Im Geschäftsjahr 2016 wurde ein Jahresfehlbetrag von -15.889,61 € erwirtschaftet (im Vorjahr Jahresfehlbetrag von -20.938,40 €).

In der folgenden Übersicht werden die IST-Zahlen Ertragslage 2016 den Planzahlen aus dem Erfolgsplan 2016 gegenübergestellt:

	IST-Zahlen 2016		Plan-Zahlen 2016		Abweichung IST- zu Plan-Zahlen T-Euro
	T-Euro	%-Satz	T-Euro	%-Satz	
Materialaufwand	395,91	22,04%	320,00	18,13%	75,91
Personalaufwand	922,56	51,36%	935,00	52,97%	-12,44
Abschreibungen	71,04	3,96%	65,00	3,68%	6,04
Zinszahlungen	10,95	0,61%	8,70	0,49%	2,25
Kraftfahrzeugsteuer	2,37	0,13%	3,80	0,22%	-1,43
Sonstiger betrieblicher Aufwand	393,28	21,90%	432,50	24,50%	-39,22
Gesamtaufwand	1.796,11	100,00%	1.765,00	100,00%	31,11
Umsatzerlöse	1.771,43	98,63%	1.765,00	100,00%	6,43
Sonstige betriebliche Erträge	8,79	0,49%	0,00	0,00%	8,79
Gesamtertrag	1.780,22		1.765,00		15,22
Ergebnis G+V	-15,89		0,00		-15,89

3. Umsatzerlöse und Auftragsvolumen

Bei der Gründung des Zweckverbandes wurde zwischen den beiden Gemeinden eine Aufteilung der Umsatzerlöse und des Auftragsvolumens von 60 : 40 (RB : HD) festgelegt.

In den Jahren 2014 bis 2016 lag der auf die Gemeinde Reichenbach entfallende Anteil an den Umsatzerlösen und dem Anteil am Stundenvolumen höher. Diese Verschiebung bei Umsatzerlösen und Auftragsvolumen ist zu einem Teil auf verschiedene Einzelprojekte zurückzuführen.

Aufteilung nach Umsatz	2016		2015		2014	
Gem. Reichenbach	1.120.783 €	63,27%	1.024.600 €	65,03%	1.167.598 €	65,93%
Gem. Hochdorf	650.646 €	36,73%	550.911 €	34,97%	603.368 €	34,07%

Aufteilung nach Stunden	2016		2015		2014	
Gem. Reichenbach	15.638	65,00%	14.239	65,58%	15.260	66,18%
Gem. Hochdorf	8.420	35,00%	7.475	34,42%	7.797	33,82%

Das Auftragsvolumen des ZV setzt sich wie folgt zusammen:

	2016 T-Euro	2015 T-Euro	2014 T-Euro
Wasserversorgung	477,0	462,6	502,0
Gärtnerei	671,1	634,3	606,4
Bauhof	623,3	478,6	567,1
	1.771,4	1.575,5	1.675,5

Das Auftragsvolumen in der Wasserversorgung lag im Geschäftsjahr 2016 über dem Vorjahr. Im Berichtsjahr 2016 wurden als großes Sonderprojekt die kompletten Wasserleitungsverlegearbeiten sowie Hausanschlussarbeiten in der Hohenstufenstraße in Reichenbach durchgeführt.

In der Gärtnereiabteilung konnte durch einen Ausbau der Aktivitäten in der Grünpflege der Umsatz gegenüber dem Vorjahr weiter ausgebaut werden.

Beim Bauhof fielen im Jahr 2016 in der Gemeinde Reichenbach viele Arbeiten im Hochwasserschutz und in der Gemeinde Hochdorf viele Arbeiten im Bereich Straßenunterhaltung an.

4. Bilanzierung

a) Bilanzierungsgrundsätze

Die Sachanlagen des Anlagevermögens sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten vermindert um die Abschreibungen bewertet worden.

Die Abschreibungen werden abhängig von der voraussichtlichen Nutzungsdauer der einzelnen Vermögensgegenstände nach linearer Methode bemessen. Die in die Verrechnungssätze einkalkulierten Abschreibungsbeträge verbleiben für Reinvestitionen im Betrieb.

Geringwertige Wirtschaftsgüter ab 151 € bis 1.000 € Anschaffungskosten werden in einem Sammelposten zusammengefasst und über einen Zeitraum von 5 Jahren abgeschrieben.

Die Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen wurden zum 31. Dezember 2016 per körperlicher Inventur aufgenommen, die Bestände nach der Lifo-Methode bewertet.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten sind zum Nominalwert bzw. Rückzahlungsbetrag angesetzt. Ausfallrisiken bestanden zum Bilanzstichtag aus Sicht der Betriebsleitung nicht.

Die Gliederung der Bilanz wurde entsprechend § 8 der Eigenbetriebsverordnung und die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung nach § 9 der Eigenbetriebsverordnung vorgenommen.

Die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung wurden angewandt.

Vergleichswerte der Vorjahre wurden angegeben.

Nach § 11 Satz 2 Nr. 4 EigBVO sind im Lagebericht die Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen im Lagebericht jeweils unter Angabe von Anfangsbestand, Zugängen und Entnahmen anzugeben.

b) Entwicklung des Eigenkapitals:

Das Stammkapital entspricht der Satzung des Zweckverbandes Bauhof Reichenbach – Hochdorf. Demnach wurde von der Festsetzung eines Stammkapitals gemäß § 12 Abs. 2 i.V.m. § 1 des Eigenbetriebsgesetzes abgesehen. Zahlungen ohne Rückzahlungsanspruch der Gemeinden Reichenbach und Hochdorf für den ZV werden in die „Allgemeine Rücklage“ als Zuzahlung in das Eigenkapital eingestellt.

Zum 31. Dezember 2016 ergibt sich folgendes Bild:

Eigenkapital

a) buchmäßiges Eigenkapital zum 01. Januar 2016	4.579,75	Euro
b) Jahresfehlbetrag 2016	<u>-15.889,61</u>	<u>Euro</u>

nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag zum 31. Dezember 2016	-11.309,86	Euro
--	------------	------

c) Entwicklung der Rückstellungen

Nach § 252 Abs. 1 Nr. 4 HGB i.V.m. § 249 HGB sind alle vorhersehbaren Risiken und Verluste, die bis zum Bilanzstichtag entstanden sind, zu berücksichtigen, selbst wenn diese erst zwischen diesem Stichtag und dem Tag der Aufstellung des Jahresabschlusses bekannt geworden sind (Vorsichtsprinzip, Imparitätsprinzip).

In den „sonstigen Rückstellungen“ wurde im Jahresabschluss 2015 eine Rückstellung für den erwartenden Aufwand für die Erstellung des Jahresabschlusses 2015 sowie im Personalbereich eine Rückstellung für nicht genommene Urlaubstage gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich zum 31. Dezember 2016 wie folgt zusammen:

Sonstige Rückstellungen	01.01.2016	Zuführung	Verbrauch / Auflösung	31.12.2016
Urlaubsverpflichtung	16.419,00 €	18.639,00 €	16.419,00 €	18.639,00 €
Abschlusskosten	8.500,00 €	8.600,00 €	8.500,00 €	8.600,00 €
Summen:	24.919,00 €	27.239,00 €	24.919,00 €	27.239,00 €

5. Verrechnungssätze und Produktivität

a) Entwicklung der Verrechnungssätze

Die Preise des ZV sind - soweit dieser hoheitliche Aufgaben erfüllt - Bruttopreise.

Daneben ergibt sich für die nicht hoheitlichen Umsätze aus der Wasserversorgung nach ertragssteuerlichen Gesichtspunkten aus dem Körperschaftssteuergesetz ein Betrieb gewerblicher Art (BgA). Bei diesen Umsätzen im nicht hoheitlichen Bereich sind die Preise des Zweckverbands Nettopreise und erhöhen sich damit um die gesetzliche Umsatzsteuer.

Seit dem 01.08.2011 wird den Leistungen ein einheitlicher Verrechnungssatz von 47,17 €/h zugrunde gelegt. Dieser Verrechnungssatz wurde seither nicht angehoben.

Bei der Kalkulation und Festlegung der Verrechnungssätze ist zu beachten, dass der ZV kostenmäßige Vorteile wie Kurzarbeit- oder Schlechtwetterregelung, so wie es bei Privatbetrieben möglich ist, nicht nutzen darf, da er an die tariflichen Vorgaben des TVöD gebunden ist. Diese enthalten u.a. einen nicht unerheblichen Anteil an Rufbereitschaftskosten sowie Erschwernis- und Zeitzuschlägen.

Verrechnungssätze Maschinen, Fahrzeuge und Geräte:

Die Grundlagen bei der Berechnung von Maschinen-, Fahrzeug- und Geräteverrechnungssätzen bilden neben den Gesamtkosten je Fahrzeug- bzw. Gerätegruppe unter Berücksichtigung der durchschnittlichen betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer auch die durchschnittliche Auslastung.

b) Gegenüberstellung der IST-Stunden, der Ausfallzeiten und der Produktivstunden

	2016		2015		2014	
	Anzahl Stunden	%	Anzahl Stunden	%	Anzahl Stunden	%
Gesamt:	33.035	100,00%	31.709	100,00%	32.244	100,00%
Ausfallzeiten:	8.977	27,17%	9.995	31,52%	9.187	28,49%
darin u.a. enthalten:						
Urlaub:	3.744	11,33%	3.381	10,66%	3.655	11,34%
Feiertage:	1.243	3,76%	1.298	4,09%	1.551	4,81%
Krank:	2.650	8,02%	3.758	11,85%	2.639	8,18%
Stunden aus der Lohnfortzahlung:	1.268		2.567		531	
Innerbetriebliche Stunden:	1.340	4,06%	1.558	4,91%	1.342	4,16%
Produktivstunden (netto):	24.058	72,83%	21.714	68,48%	23.057	71,51%

Entwicklung der Produktivität:

	2016	2015	2014
Umsatz gesamt	1.771.429 €	1.575.511 €	1.675.456 €
Mitarbeiterzahl Arbeiter	18,00	18,00	17,00
Stellenzahl Arbeiter	16,35	16,35	15,35
Umsatz pro Stellenzahl Arbeiter	108.344 €	96.362 €	109.150 €
Umsatz ohne Materialaufwand	1.366.720 €	1.267.550 €	1.354.744 €
dabei Umsatz pro Stellenzahl (Anzahl Mitarbeiter ohne Mitarbeiter Verwaltung)	83.591 €	77.526 €	88.257 €

Die Umsätze pro Produktivstunde im Berichtsjahr liegen leicht über den Werten vom Vorjahr.

6. Personal

	31.12. 2016	31.12.2015	31.12.2014
Angestellte	1,00	1,00	1,00
Arbeiter	16,35	16,35	15,35
Gesamtzahl (lt. Stellenplan)	17,35	17,35	16,35
Personalkosten IST	922,56 T€	828,81 T€	824,1 T€

In der Wasserversorgung und im Bauhof sind Stand 31.12.2016 jeweils vier Mitarbeiter in Vollzeit zu 100 % beschäftigt.

In der Gärtnerei sind neben sechs Vollzeitkräften zu 100 % noch drei Mitarbeiterinnen zu 50 % und ein Mitarbeiter zu 85 % beschäftigt.

Die Verwaltung besteht zu 100 % aus der Betriebsleitung.

7. Investitionen

Im Berichtsjahr betragen die getätigten Investitionen insgesamt 97.438,67 €, verteilt auf folgende Bereiche:

• Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung – Fuhrpark	72.055,82 €
• Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung - Werkzeuge	13.273,15 €
• GWG von 151 € bis 1.000 € (Werkzeuge)	12.109,70 €
	97.438,67 €
Gesamtsumme:	97.438,67 €

8. Weiterbildung / Fortbildung / Sicherheit

Um immer auf dem neuesten Stand zu bleiben, besuchen die Mitarbeiter entsprechende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen.

In Sachen Sicherheit und Arbeitsschutz wurden neben entsprechenden Unterweisungen auch von einem externen Sicherheitsbeauftragten Begehungen der Betriebsstätten durchgeführt, um Gefährdungspotentiale zu erkennen und zu beseitigen.

9. Rückblick / Ausblick / Perspektive 2017 ff.

Das Geschäftsjahr 2016 war in Bezug auf die Umsatzerlöse ein gutes Jahr. Am Material-Direktverbrauch sowie an den Aufwendungen für bezogene Leistungen ist erkennbar, dass sehr viele Arbeiten ausgeführt wurden.

Im Geschäftsjahr 2016 wurden umfassende Investitionen getätigt, um auch zukünftig eine gute Leistungserbringung sicherzustellen. Im Monat Mai 2016 gab es starke, langanhaltende Regenfälle, welche die Durchführung von Mäharbeiten unmöglich machten. Ende Mai / Anfang Juni 2016 waren leider heftige Unwetter mit starken Regenfällen zu verzeichnen, die zu Überschwemmungen mit entsprechenden Schäden geführt haben.

In der Gemeinde Hochdorf hat der Bauhof im Jahr 2016 sehr viele Arbeiten in der Straßenunterhaltung, beispielsweise in der Kirchheimer Straße am Talbach und in der Eichendorffstraße, etc. durchgeführt.

Anfang des Jahres 2017 erfolgte eine umfassende Erneuerung des Fuhrparks. Diese Investitionen in den Fuhrpark werden im Jahr 2017 das Ergebnis durch zusätzliche Abschreibungen mindern. Die im Geschäftsjahr angeschafften Maschinen und Geräte konnten sinnvoll eingesetzt werden, was die im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigerten Umsatzerlöse bestätigen.

Weiter gestiegene Personalkosten werden das Ergebnis im Jahr 2017 darüber hinaus belasten. Anfang des Jahres 2017, mit einem Schwerpunkt im Monat April 2017, wurden gezielt Resturlaubsansprüche von Mitarbeitern abgebaut, was sich in einem Rückgang der in diesem Monat erzielten Umsatzerlöse niederschlägt. Ende Juni 2017 ging eine Teilzeitkraft in den Ruhestand; diese Stelle wird vorerst nicht besetzt werden.

Die betriebswirtschaftliche Auswertung des Zweckverbands weist im Zeitraum Januar bis Juni 2017 einen Fehlbetrag von 43.531 € auf.

Man muss sich trotz aller Zahlen aber immer vor Augen halten, dass ein kommunales Unternehmen im Vergleich zu einem Privatbetrieb gewollt in wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Möglichkeiten sehr eingeschränkt ist. Ein spezialisierter Privatbetrieb kann seinen Maschinenpark entschieden effektiver einsetzen, während der Zweckverband als „Allrounder“ ein vielseitiges Aufgabengebiet zu erfüllen hat und dabei nur für die Gemeinden tätig sein darf.

Und hierin liegen die Vorteile des Zweckverbands: Er ist bei Notfällen und Eilaufgaben kurzfristig zur Stelle und kann auch sonst äußerst flexibel, wie z.B. bei Wasserrohrbrüchen, Winterdienst, usw., eingesetzt werden.

Auch müssen in einem Kommunalbetrieb die Vorgaben des TVöD beachtet und umgesetzt werden; dagegen kann der Privatbetrieb auf ein flexibleres Tarifrecht zugreifen (Kurzarbeit, Schlechtwetterregelung, usw.).

10. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

73262 Reichenbach, 24. Juli 2017



(Gerd Richter)

ERLÄUTERUNGSBERICHT

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN BILANZPOSTEN

AKTIVA

A. Anlagevermögen

I. Sachanlagen

1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Zusammensetzung:

Fuhrpark	224.283,00	194.476,00
Werkzeuge	37.416,00	34.366,00
Büroeinrichtung	1.129,00	1.694,00
Geringwertige Anlagegüter (Sammelposten)	20.706,00	18.053,00
Einbauten in fremde Grundstücke	9.433,00	10.473,00
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.332,00	13.843,00
	<u>299.299,00</u>	<u>272.905,00</u>

Erläuterungen:

Fuhrpark

Entwicklung:

Buchwert per	01.01.2016	194.476,00	196.654,00
+ Zugänge		72.055,82	35.977,56
- Abgänge (Netto)		0,00	9.884,00
= Zwischensumme		<u>266.531,82</u>	<u>222.747,56</u>
- Abschreibungen		42.248,82	28.271,56
= Buchwert per	31.12.2016	<u>224.283,00</u>	<u>194.476,00</u>

Zugänge:

Transporter CITAN ES-ZV 220 mit Fahrzeuginrichtung Sortimo	16.150,72
Hoftraktor 1160, ES-ZV 785, Weidemann	34.820,00
Kompakttraktor, ES-ZV 784, Schwarz	21.085,10
Summe der Zugänge	<u>72.055,82</u>

Abgänge:

ZM-Ackerschlepper Klöckner-Humbold-Deutz ES-C 473
Citroen Jumper ES-ZV 120

Werkzeuge

Entwicklung:

Buchwert per	01.01.2016	34.366,00	29.557,00
+ Zugänge		13.273,15	8.399,23
- Abgänge (Netto)		0,00	0,00
= Zwischensumme		37.639,15	37.956,23
- Abschreibungen		10.223,15	3.590,23
= Buchwert per	31.12.2016	37.416,00	34.366,00

Zugänge:

Ventilator Lüfter Schacht	2.938,00
Motorsäge, Stihl	1.479,19
Zugmaul, Streusalz und Splitt	3.076,15
Schneeschild 1550	4.115,00
Dreibein	1.664,81
Summe der Zugänge	13.273,15

Abgang:

Sichel-Mähwerk

Büroeinrichtung

Entwicklung:

Buchwert per	01.01.2016	1.694,00	1.816,00
- Abschreibungen		565,00	122,00
= Buchwert per	31.12.2016	1.129,00	1.694,00

Geringwertige Anlagegüter (Sammelposten)

Entwicklung:

Buchwert per	01.01.2016	18.053,00	16.753,00
+ Zugänge		12.109,70	8.993,59
- Abgänge (Netto)		1,00	0,00
= Zwischensumme		30.161,70	25.746,59
- Abschreibungen		9.455,70	7.693,59
= Buchwert per	31.12.2016	20.706,00	18.053,00

Der Ausweis betrifft die Zugänge an beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten mehr als 150 € betragen, 1.000 € jedoch nicht übersteigen.

Diese Wirtschaftsgüter werden nach dem Unternehmensteuerreformgesetz ab 2008 in jahrgangsbezogenen Sammelposten ausgewiesen, die über die Dauer von 5 Jahren gleichmäßig gewinnmindernd aufgelöst werden.

Einbauten in fremde Gebäude

Entwicklung:

Buchwert per	01.01.2016	10.473,00	10.952,00
- Abschreibungen		1.040,00	479,00
= Buchwert per	31.12.2016	9.433,00	10.473,00

Die am Mietobjekt vorgenommenen Ein- und Umbauten dienen unmittelbar den betrieblichen Zwecken des Unternehmens, da sie eine unmittelbare sachliche Beziehung zum Betrieb aufweisen. Diese Aufwendungen sind deshalb als materielles Wirtschaftsgut dem Anlagevermögen zuzurechnen und gesondert abzuschreiben.

Die Nutzungsdauer der vorgenommenen Baumaßnahme wird mit 10 Jahren angesetzt.

Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung

Entwicklung:

Buchwert per	01.01.2016	13.843,00	16.331,00
- Abschreibungen		7.511,00	2.488,00
= Buchwert per	31.12.2016	6.332,00	13.843,00

B. Umlaufvermögen**I. Vorräte**

Das Vorratsvermögen wurde von unserem Auftraggeber zum Bilanzstichtag körperlich aufgenommen und bewertet.

Die Inventur- und Bewertungsliste wurde uns im Original vorgelegt.

Feststellungen, die der Ordnungsmäßigkeit entgegenstehen und zu einer anderen Beurteilung geführt hätten, haben wir dabei nicht getroffen.

1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	<u>60.286,38</u>	<u>73.082,36</u>
---------------------------------	------------------	------------------

2. fertige Erzeugnisse und Waren

Heizölbestand	<u>2.277,60</u>	<u>2.145,99</u>
---------------	-----------------	-----------------

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen**

Debitoren ohne Kontokorrent	<u>185.223,36</u>	<u>154.606,59</u>
-----------------------------	-------------------	-------------------

Die Personenkonten des Debitoren-Kontokorrents wurden mittels EDV erstellt.

Die Summen- und Saldenliste wird durch eine Offene-Posten-Liste ergänzt.

Eine namentliche Saldenliste zum Bilanzstichtag befindet sich bei den Buchführungsunterlagen.

2. sonstige Vermögensgegenstände

Zusammensetzung:

Forderungen gegen Personal aus Lohn- und Gehaltsabrechnung	0,00	2.308,24
Umsatzsteuerforderungen Vorjahr	0,00	4.832,38
Forderungen aus Gewerbesteuerüberzahlungen	1.792,00	5.903,00
Körperschaftsteuerrückforderung	2.138,49	9.877,38
Forderungen im Rahmen der sozialen Sicherheit	1.580,85	0,00
Umsatzsteuer laufendes Jahr	826,06	0,00
Übrige Vermögensgegenstände	2.219,00	376,00
	<u>8.556,40</u>	<u>23.297,00</u>

Erläuterungen:

Gewerbesteuerrückforderung

Die Gewerbesteuerrückforderung betrifft die Rückforderung von Gewerbesteuervorauszahlungen für das Jahr 2016.

Körperschaftsteuerrückforderung

Die Körperschaftsteuerrückforderung betrifft die Rückforderung von Körperschaftsteuervorauszahlungen für das Jahr 2016.

Umsatzsteuer laufendes Jahr

Die bilanzierte Umsatzsteuerforderung stimmt mit dem Ergebnis der gesonderten Berechnung überein.

III. Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten

Zusammensetzung:

Kasse	99,01	131,77
Südwestbank 633337 005	15.857,67	16.000,00
	<u>15.956,68</u>	<u>16.131,77</u>

Die Bareinnahmen und Barausgaben sind im Kassenbuch einzeln verzeichnet. Der so ermittelte Kassenbestand stimmt mit dem Bilanzansatz überein.

Der ausgewiesene Guthabensaldo stimmt - unter Berücksichtigung zeitlicher Buchungsdifferenzen - mit dem Rechnungsabschluss des Instituts zum Bilanzstichtag überein.

C. Rechnungsabgrenzungsposten

Aktive Rechnungsabgrenzung	<u>2.401,86</u>	<u>1.991,42</u>
----------------------------	-----------------	-----------------

Zum Bilanzstichtag waren Vorauszahlungen auf Kfz-Steuer zum Zwecke der Periodenabgrenzung als Rechnungsabgrenzungsposten in die Bilanz einzustellen.

D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	<u>11.309,86</u>	<u>0,00</u>
---	------------------	-------------

<u>SUMME AKTIVA</u>	<u>585.311,14</u>	<u>544.160,13</u>
----------------------------	-------------------	-------------------

PASSIVA**A. Eigenkapital****I. Gewinnvortrag**

Gewinnvortrag vor Verwendung	<u>4.579,75</u>	<u>25.518,15</u>
------------------------------	-----------------	------------------

II. Zuzahlungen Gemeinden

Zuzahlungen in das Eigenkapital von Gemeinden	<u>0,00</u>	<u>6.031,15</u>
---	-------------	-----------------

III. Jahresfehlbetrag

Verlust	<u>15.889,61-</u>	<u>20.938,40-</u>
---------	-------------------	-------------------

IV. nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Umgliederung des nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages auf Aktivseite	<u>11.309,86</u>	<u>0,00</u>
---	------------------	-------------

<u>Summe Eigenkapital</u>	<u>0,00</u>	<u>4.579,75</u>
----------------------------------	-------------	-----------------

B. Rückstellungen**1. sonstige Rückstellungen**

Sonstige Rückstellungen	<u>27.239,00</u>	<u>24.919,00</u>
-------------------------	------------------	------------------

C. Verbindlichkeiten**1. Verbindlichkeiten gegenüber
Kreditinstituten**

Zusammensetzung:

KSK Esslingen-Nürtingen 100381 753	116.617,79	61.299,66
Darlehen KSK 6010508 929	42.958,60	49.839,40
Darlehen KSK 6010523 038	37.498,60	43.749,40
Darlehen KSK 6010530 296	156.246,50	181.248,50
Darlehen Investbank Schl.-Holstein 1015	51.860,00	80.180,00
Darlehen KSK 6010464 063	12.418,40	14.867,92
Darlehen KSK 6010377 985	21.600,00	29.280,00
Darlehen KSK 6010591 448	75.000,00	0,00
	<u>514.199,89</u>	<u>460.464,88</u>

Die ausgewiesenen Schuldposten der Bankkonten stimmen - unter Berücksichtigung zeitlicher Buchungsdifferenzen - mit den Rechnungsabschlüssen der Institute zum Bilanzstichtag überein.

Bezeichnung	Stand 01.01.	Zugang lfd. Jahr	Tilgung lfd. Jahr	Stand 31.12.
	€	€	€	€
Geschäftskonto Kontokorrent KSK 100381 753	61.299,66	55.318,13	0,00	116.617,79
Darlehen				
KSK 60100508 929	49.839,40	0,00	6.880,80	42.958,60
KSK 6010523 038	43.749,40	0,00	6.250,80	37.498,60
KSK 6010530 296	181.248,50	0,00	25.002,00	156.246,50
Investbank Schl.-Holstein 1015	80.180,00	0,00	28.320,00	51.860,00
KSK 6010464 063	14.867,92	0,00	2.449,52	12.418,40
KSK 6010377 985	29.280,00	0,00	7.680,00	21.600,00
KSK 6010591448	0,00	75.000,00	0,00	75.000,00
	<u>460.464,88</u>	<u>130.318,13</u>	<u>76.583,12</u>	<u>514.199,89</u>

**2. Verbindlichkeiten aus
Lieferungen und Leistungen**

Kreditoren ohne Kontokorrent	<u>32.727,82</u>	<u>43.255,95</u>
------------------------------	------------------	------------------

Das Kreditorenkontokorrent wurde mit Hilfe der EDV geführt.

Die Summen- und Saldenliste wird durch eine Offene-Posten-Liste ergänzt.

Eine namentliche Aufstellung befindet sich bei den Buchführungsunterlagen.

3. sonstige Verbindlichkeiten

Zusammensetzung:

Verbind. gg. Gemeinde/ andere Eigenbetriebe	0,00	53,67
Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer	11.144,43	8.783,00
Umsatzsteuer laufendes Jahr	0,00	2.103,88
	<u>11.144,43</u>	<u>10.940,55</u>

Erläuterungen:

Verbindlichkeiten Lohn- und Kirchensteuer

Aus der erstellten Lohn- und Gehaltsabrechnung ergaben sich die Abführungsverpflichtungen für Lohn- und Kirchenlohnsteuer in Höhe der ausgewiesenen Beträge.

<u>SUMME PASSIVA</u>	<u>585.311,14</u>	<u>544.160,13</u>
-----------------------------	-------------------	-------------------

ERLÄUTERUNGEN ZU DEN POSTEN DER GEWINN- UND VERLUST-**RECHNUNG VOM 01.01.2016 BIS 31.12.2016****1. Umsatzerlöse**

Zusammensetzung:

Umsatzerlöse Bauhof steuerfrei	619.155,02	471.106,78
Umsatzerlöse Gärtnerei steuerfrei	640.431,87	601.713,28
Erlöse Wasserversorgung 19% USt	477.030,28	462.584,05
Erlöse Bauhof 19% USt	4.183,38	7.544,14
Erlöse Gärtnerei 19% USt	30.631,22	32.568,76
Gewährte Skonti	2,85-	4,00-
Gewährte Skonti 19% USt	0,00	1,86-
	<u>1.771.428,92</u>	<u>1.575.511,15</u>

2. sonstige betriebliche Erträge

Im Einzelnen:

**- Erträge aus dem Abgang von
Gegenständen des Anlagever-
mögens und aus Zuschreib-
ungen zu Gegenständen des
Anlagevermögens**

Zusammensetzung:

Erlöse aus Verkäufen Sachan- lagevermögen steuerfrei § 4 Nr. 1a UStG (bei Buchgewinn)	3.150,00	1.210,50
Anlagenabgänge Sachanlagen (Restbuchwert bei Buchgewinn)	0,00	1.184,00
	<u>3.150,00</u>	<u>2.394,50</u>

**- sonstige Erträge im Rahmen
der gewöhnlichen Geschäfts-
tätigkeit**

Zusammensetzung:

Sonstige betriebliche Erträge	1.645,00	0,00
Periodenfremde Erträge	1.486,00	1.749,00
Versicherungsentschädigungen	2.512,22	1.395,75
	<u>5.643,22</u>	<u>3.144,75</u>

3. Materialaufwand

Im Einzelnen:

**- Aufwendungen für Roh-,
Hilfs- und Betriebsstoffe
und für bezogene Waren**

Zusammensetzung:

Material - Direktverbrauch	199.202,10-	165.185,59-
Erhaltene Skonti	2.734,61	1.756,79
Erhaltene Skonti 19% VSt	2.072,39	2.088,60
Bestandsveränderungen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe/Waren	12.664,37-	13.812,60
	<u>207.059,47-</u>	<u>147.527,60-</u>

**- Aufwendungen für bezogene
Leistungen**

Zusammensetzung:

Fremdleistungen Leihgeräte	110.533,00-	90.574,33-
Dienst- und Fremdleistungen - Leihgeräte	33.698,84-	44.446,24-
Dienst- und Fremdleistungen - Deponie	11.148,18-	0,00
Dienst- und Fremdleistungen - Müll Stuber	33.472,59-	0,00
	<u>188.852,61-</u>	<u>135.020,57-</u>

4. Personalaufwand

Im Einzelnen:

- Löhne und Gehälter

Zusammensetzung:

Löhne und Gehälter	751.837,94-	676.440,38-
Aushilfslöhne	887,14-	0,00
	<u>752.725,08-</u>	<u>676.440,38-</u>

- soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung

Zusammensetzung:

Gesetzliche soziale Aufwendungen	106.845,69-	94.064,33-
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	5.239,84-	4.794,11-
Freiwillige soziale Aufwendungen, lohnsteuerfrei	858,00-	310,24
Beihilfe ZVK-Umlage Arbeiter	56.887,77-	53.816,57-
	<u>169.831,30-</u>	<u>152.364,77-</u>

5. Abschreibungen

- auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Zusammensetzung:

Abschreibungen auf Sachanlagen	61.587,97-	34.950,79-
Abschreibungen auf den Sammelposten Geringwertige Anlagegüter	9.455,70-	7.693,59-
	<u>71.043,67-</u>	<u>42.644,38-</u>

6. sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Einzelnen:

- Raumkosten

Zusammensetzung:

Miete (unbewegliche Wirtschaftsgüter)	80.880,12-	80.880,12-
Heizung	5.526,81-	5.141,20-
Gas, Strom, Wasser	12.868,01-	10.684,86-
Instandhaltung betrieblicher Räume	111,03-	3.269,00-
Sonstige Raumkosten	5.417,17-	5.231,81-
	<u>104.803,14-</u>	<u>105.206,99-</u>

- Grundstücksaufwendungen

Sonstige Grundstücksaufwendungen	<u>137,29-</u>	<u>135,46-</u>
----------------------------------	----------------	----------------

- Versicherungen, Beiträge und Abgaben

Zusammensetzung:

Versicherungen	1.687,80-	1.736,52-
Beiträge	2.314,88-	2.149,34-
Sonstige Abgaben	199,92-	249,90-
	<u>4.202,60-</u>	<u>4.135,76-</u>

- Reparaturen und Instandhaltungen

Zusammensetzung:

Reparaturen und Instandhaltung von technischen Anlagen und Maschinen	30.763,38-	26,50-
Reparaturen und Instandhaltung von Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.405,49-	35.131,96-
Wartungskosten für Hardware	9.496,07-	9.881,05-
	<u>42.664,94-</u>	<u>45.039,51-</u>

- Fahrzeugkosten

Zusammensetzung:

Kfz-Versicherungen	10.910,83-	10.754,51-
Laufende Kfz-Betriebskosten	88.038,39-	90.057,89-
	<u>98.949,22-</u>	<u>100.812,40-</u>

- Werbe- und Reisekosten

Zusammensetzung:

Reisekosten Arbeitnehmer	15,40-	219,20-
Kilometergelderstattung Arbeitnehmer	483,00-	535,85-
	<u>498,40-</u>	<u>755,05-</u>

**- verschiedene betriebliche
Kosten**

Zusammensetzung:

Übrige betriebliche Aufwendungen	15.275,21-	9.687,38-
Fremdleistungen /Fremdarbeiten	34.802,37-	52.070,36-
Telefon	2.557,07-	3.535,65-
Fortbildungskosten	4.230,23-	7.620,58-
Aufwand Gemeindeprüfanstalt	3.997,12-	0,00
Abschlusskosten	8.873,90-	9.972,96-
Buchführungskosten	17.996,70-	18.081,63-
Mieten für Einrichtungen (bewegliche Wirtschaftsgüter)	118,37-	118,37-
Mietleasing Bürogegenstände	1.848,34-	2.174,56-
Mietleasing Maschinen	12.481,32-	13.336,20-
Betriebs- /Verbrauchsstoffe /Werkzeuge	19.773,65-	29.168,78-
Sonstiger Betriebsbedarf	1.862,23-	4.729,92-
Arbeitskleidung	10.145,11-	11.401,82-
Nebenkosten des Geldverkehrs	166,44-	182,10-
Aufwandsentschädigung für Vorstand und Verband	3.800,00-	3.825,00-
	<u>137.928,06-</u>	<u>165.905,31-</u>

**- Verluste aus dem Abgang von
Gegenständen des Anlage-
vermögens**

Zusammensetzung:

Erlöse aus Verkäufen Sachan- lagevermögen 19% USt (bei Buchverlust)	0,00	2.047,00-
Anlagenabgänge Sachanlagen (Restbuchwert bei Buchverlust)	1,00-	0,00
	<u>1,00-</u>	<u>2.047,00-</u>

**- sonstige Aufwendungen im
Rahmen der gewöhnlichen
Geschäftstätigkeit**

Periodenfremde Aufwendungen	<u>0,03-</u>	<u>0,01-</u>
-----------------------------	--------------	--------------

**7. sonstige Zinsen und ähnliche
Erträge**

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>0,00</u>	<u>4,35</u>
--------------------------------------	-------------	-------------

**8. Zinsen und ähnliche
Aufwendungen**

Zinsaufwendungen für langfristige Verbindlichkeiten	<u>10.953,70-</u>	<u>10.884,16-</u>
---	-------------------	-------------------

**9. Ergebnis der gewöhnlichen
Geschäftstätigkeit**

	<u>9.428,37-</u>	<u>7.864,60-</u>
--	------------------	------------------

Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurden die im Gliederungsschema des § 275 Abs. 2 HGB auszuweisenden Erträge und Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zusammengefasst.

**10. Steuern vom Einkommen und vom
Ertrag**

Zusammensetzung:

Körperschaftsteuer	2.641,00-	5.458,00-
Körperschaftsteuer für Vorjahre	749,54	0,00
Solidaritätszuschlagerstattung für Vorjahre	41,22	0,00
Solidaritätszuschlag	145,25-	300,19-
Gewerbesteuer	2.340,00-	4.445,00-
Kapitalertragsteuer 25%	0,00	1,14-
Gewerbesteuernachzahlungen und Gewerbesteuererstattungen für Vorjahre, § 4 Abs. 5b EStG	612,50	0,20-
	<u>3.722,99-</u>	<u>10.204,53-</u>

11. sonstige Steuern

Zusammensetzung:

Kfz-Steuer	2.738,25-	2.817,85-
Steuererstattungen Vorjahre für sonstige Steuern	0,00	51,42-
	<u>2.738,25-</u>	<u>2.869,27-</u>

12. Jahresfehlbetrag

	<u>15.889,61-</u>	<u>20.938,40-</u>
--	-------------------	-------------------

Allgemeine Auftragsbedingungen

(Stand: Juli 2017)



DENNENMOSER + PARTNER

Wirtschaftsprüfer · Steuerberater
Partnerschaftsgesellschaft mbB
Stadtplatz 17-19 · 73249 Wernau

Die folgenden "Allgemeinen Auftragsbedingungen" gelten für Verträge zwischen der Kanzlei DENNENMOSER + PARTNER Wirtschaftsprüfer Steuerberater Partnerschaftsgesellschaft mbB (im Folgenden „Auftragnehmer“ genannt) und ihren Auftraggebern, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

1. Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Für den Umfang der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen ist der erteilte Auftrag maßgebend. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung unter Beachtung der einschlägigen berufsrechtlichen Normen und der Berufspflichten (vgl. StBerG, BOSTB) ausgeführt.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf einer ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.
- (3) Ändert sich die Rechtslage nach abschließender Erledigung einer Angelegenheit, so ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf die Änderung oder die sich daraus ergebenden Folgen hinzuweisen.
- (4) Dem Auftragnehmer sind die benötigten Unterlagen und Aufklärungen vollständig zu geben. Die Prüfung der Richtigkeit, Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit der übergebenen Unterlagen und Zahlen, insbesondere der Buchführung und Bilanz, gehört nur zum Auftrag, wenn dies schriftlich vereinbart ist. Der Auftragnehmer wird die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig zu Grunde legen. Soweit er offensichtliche Unrichtigkeiten feststellt, ist er verpflichtet, darauf hinzuweisen.
- (5) Der Auftrag stellt keine Vollmacht für die Vertretung vor Behörden, Gerichten und sonstigen Stellen dar. Sie ist gesondert zu erteilen. Ist wegen der Abwesenheit des Auftraggebers eine Abstimmung mit diesem über die Einlegung von Rechtsbehelfen oder Rechtsmitteln nicht möglich, ist der Auftragnehmer im Zweifel zu fristwährenden Handlungen berechtigt und verpflichtet.

2. Verschwiegenheitspflicht

- (1) Der Auftragnehmer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrags zur Kenntnis gelangen, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn schriftlich von dieser Verpflichtung entbindet. Die Verschwiegenheitspflicht besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort. Die Verschwiegenheitspflicht besteht in gleichem Umfang auch für die Mitarbeiter des Auftragnehmers.
- (2) Die Verschwiegenheitspflicht besteht nicht, soweit die Offenlegung zur Wahrung berechtigter Interessen des Auftragnehmers erforderlich ist. Der Auftragnehmer ist auch insoweit von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, als er nach den Versicherungsbedingungen seiner Berufshaftpflichtversicherung zur Information und Mitwirkung verpflichtet ist.
- (3) Gesetzliche Auskunfts- und Aussageverweigerungsrechte nach § 102 AO, § 53 StPO, § 363 ZPO bleiben unberührt.
- (4) Der Auftragnehmer ist von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, soweit dies zur Durchführung eines Zertifizierungsaudits in der Kanzlei des Auftragnehmers erforderlich ist und die insoweit tätigen Personen ihrerseits über ihre Verschwiegenheitspflicht belehrt worden sind. Der Auftraggeber erklärt sich damit einverstanden, dass durch den Zertifizierer/Auditor Einsicht in seine - vom Auftragnehmer angelegte und geführte - Handakte genommen wird.

3. Mitwirkung Dritter

- (1) Der Auftragnehmer ist berechtigt, zur Ausführung des Auftrags Mitarbeiter, fachkundige Dritte sowie Daten verarbeitende Unternehmen heranzuziehen. Bei der Heranziehung von fachkundigen Dritten und Daten verarbeitenden Unternehmen hat der Auftragnehmer dafür zu sorgen, dass diese sich zur Verschwiegenheit entsprechend Nr. 2 Abs. 1 verpflichten. Der Auftragnehmer haftet unter keinen Umständen für die Leistungen der Herangezogenen; bei den Herangezogenen handelt es sich haftungsrechtlich nicht um Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers. Hat der Auftragnehmer die Beiziehung eines von ihm namentlich benannten Dritten angeregt, so haftet er lediglich für eine ordnungsgemäße Auswahl des Herangezogenen.

3a Elektronische Kommunikation, Datenschutz

- (1) Der Auftragnehmer ist berechtigt, personenbezogene Daten des Auftraggebers und von dessen Mitarbeitern, im Rahmen der erteilten Aufträge maschinell zu erheben und in einer automatisierten Datei zu verarbeiten oder einem Dienstleistungszentrum zur weiteren Auftragsdatenverarbeitung zu übertragen.
- (2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, in Erfüllung seiner Pflichten nach dem Bundesdatenschutzgesetz, einen Beauftragten für den Datenschutz zu bestellen. Sofern der Beauftragte für den Datenschutz nicht bereits nach Nr. 2 Abs. 1 S. 3 der Verschwiegenheitspflicht unterliegt, hat der Auftragnehmer dafür Sorge zu tragen, dass der Beauftragte für den Datenschutz sich mit Aufnahme seiner Tätigkeit auf das Datengeheimnis verpflichtet.
- (3) Soweit der Auftraggeber dem Auftragnehmer einen Telefaxanschluss oder eine E-Mail-Adresse mitteilt, erklärt er sich bis auf Widerruf oder ausdrückliche anderweitige Weisung damit einverstanden, dass der Auftragnehmer ihm ohne Einschränkungen über jene Kontaktdaten mandatsbezogene Informationen sendet. Der Auftraggeber sichert zu, dass nur er oder von ihm beauftragte Personen Zugriff auf das Empfangs-/Sendegerät bzw. den E-Mail-Account haben und dass er dortige Sendungseingänge regelmäßig überprüft. Der Auftraggeber

ist verpflichtet, den Auftragnehmer darauf hinzuweisen, wenn Einschränkungen bestehen, etwa das Empfangs-/Sendegerät bzw. der E-Mail-Account nur unregelmäßig auf Sendungseingänge überprüft wird oder Einsendungen nur nach vorheriger Ankündigung gewünscht werden. Der Auftragnehmer übernimmt keine Haftung für die Sicherheit der mit unverschlüsselten E-Mails übermittelten Daten und Informationen und haftet auch nicht für die dem Auftraggeber dieserhalb ggf. entstehenden Schäden. Soweit der Auftraggeber zum Einsatz von Signaturverfahren und Verschlüsselungsverfahren die technischen Voraussetzungen besitzt und deren Einsatz wünscht, teilt er dies dem Auftragnehmer rechtzeitig mit; damit einhergehende Kosten des Auftragnehmers (bspw. zur Anschaffung und Einrichtung notwendiger Soft- bzw. Hardware) trägt der Auftraggeber.

4. Mängelbeseitigung

- (1) Der Auftraggeber hat Anspruch auf Beseitigung etwaiger Mängel. Dem Auftragnehmer ist Gelegenheit zur Nachbesserung zu geben. Der Auftraggeber hat das Recht -wenn und soweit es sich bei dem Mandat um einen Dienstvertrag im Sinne der §§ 611, 675 BGB handelt-, die Nachbesserung durch den Auftragnehmer abzulehnen, wenn das Mandat durch den Auftraggeber beendet und der Mangel erst nach wirksamer Beendigung des Mandats festgestellt wird.
- (2) Beseitigt der Auftragnehmer die geltend gemachten Mängel nicht innerhalb einer angemessenen Frist oder lehnt er die Mängelbeseitigung ab, so kann der Auftraggeber auf Kosten des Auftragnehmers die Mängel durch einen anderen Auftragnehmer beseitigen lassen, bzw. nach seiner Wahl Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrags verlangen.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten (z.B. Schreibfehler, Rechenfehler) können vom Auftragnehmer jederzeit auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Sonstige Mängel darf der Auftragnehmer Dritten gegenüber mit Einwilligung des Auftraggebers berichtigen. Die Einwilligung ist nicht erforderlich, wenn berechnete Interessen des Auftragnehmers den Interessen des Auftraggebers vorgehen.

5. Haftung

- (1) Die Haftung des Auftragnehmers und seiner Erfüllungsgehilfen für einen Schaden, der aus einer oder -bei einheitlicher Schadensfolge- aus mehreren Pflichtverletzungen anlässlich der Erfüllung eines Auftrags resultiert, wird auf 1.000.000 € (in Worten: eine Million €) begrenzt. Die Haftungsbegrenzung bezieht sich allein auf Fahrlässigkeit. Die Haftung für Vorsatz bleibt insoweit unberührt. Die Haftungsbegrenzung gilt für die gesamte Tätigkeit des Auftragnehmers für den Auftraggeber, also insbesondere auch für eine Ausweitung des Auftragsinhalts; einer erneuten Vereinbarung der Haftungsbegrenzung bedarf es insoweit nicht.
- (2) Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen, insbesondere die Haftung auf einen geringeren als den in Abs. 1 genannten Betrag begrenzt werden soll, bedarf es einer schriftlichen Vereinbarung, die gesondert zu erstellen ist und dem Auftraggeber zusammen mit diesen Allgemeinen Auftragsbedingungen bei Vertragsabschluss ausgehändigt werden soll.
- (3) Soweit ein Schadensersatzanspruch des Auftraggebers kraft Gesetz nicht einer kürzeren Verjährungsfrist unterliegt, verjährt er
 - a) in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist und der Auftraggeber von den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste,
 - b) ohne Rücksicht auf die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in fünf Jahren von seiner Entstehung an, und
 - c) ohne Rücksicht auf seine Entstehung und die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in zehn Jahren von der Begehung der Handlung, der Pflichtverletzung oder dem sonstigen den Schaden auslösenden Ereignis an. Maßgeblich ist die früher endende Frist.
- (4) Die in den Absätzen 1 bis 3 getroffenen Regelungen gelten auch ferner gegenüber Dritten, soweit diese in den Schutzbereich des Mandatsverhältnisses fallen; § 334 BGB wird insoweit ausdrücklich nicht abbedungen. Einzelvertragliche Haftungsbegrenzungsvereinbarungen gehen dieser Regelung vor, lassen die Wirksamkeit dieser Regelung jedoch -soweit nicht ausdrücklich anders geregelt- unberührt.
- (5) Die Haftungsbegrenzung gilt, wenn entsprechend hoher Versicherungsschutz bestanden hat, rückwirkend von Beginn des Mandatsverhältnisses bzw. dem Zeitpunkt der Höherversicherung an und erstreckt sich, wenn der Auftragsumfang nachträglich geändert oder erweitert wird, auch auf diese Fälle.
- (6) Von den Haftungsbegrenzungen ausgenommen sind Haftungsansprüche für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

6. Pflichten des Auftraggebers; unterlassene Mitwirkung und Annahmeverzug des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber ist zur Mitwirkung verpflichtet, soweit es zur ordnungsgemäßen Erledigung des Auftrags erforderlich ist. Insbesondere hat er dem Auftragnehmer unaufgefordert alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen vollständig und so rechtzeitig zu übergeben, dass dem Auftragnehmer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht. Entsprechendes gilt für die Unterrichtung über alle Vorgänge und Umstände, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle schriftlichen und mündlichen Mitteilungen des Auftragnehmers zur Kenntnis zu nehmen und bei Zweifelsfragen Rücksprache zu halten.
- (2) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen beeinträchtigen könnte.
- (3) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Arbeitsergebnisse des Auftragnehmers nur mit dessen schriftlicher Einwilligung weiterzugeben, soweit es sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.
- (4) Setzt der Auftragnehmer beim Auftraggeber in dessen Räumen Datenverarbeitungsprogramme ein, so ist der Auftraggeber verpflichtet, den Hinweisen des Auftragnehmers zur Installation und Anwendung der Programme nachzukommen. Des Weiteren ist der Auftraggeber verpflichtet und berechtigt, die Programme nur in dem vom Auftragnehmer vorgeschriebenen Umfang zur vervielfältigen. Der Auftraggeber darf die Programme nicht verbreiten. Der Auftragnehmer bleibt Inhaber der Nutzungsrechte. Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was der Ausübung der Nutzungsrechte an den Programmen durch den Auftragnehmer entgegensteht.
- (5) Unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 6 Abs. 1 bis 4 oder sonst wie obliegende Mitwirkung oder kommt er mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug, so ist der Auftragnehmer berechtigt, eine angemessene Frist mit der Erklärung zu bestimmen, dass er die Fortsetzung des Vertrags nach Ablauf der Frist ablehnt. Nach erfolglosem Ablauf der Frist darf der Auftragnehmer den Vertrag fristlos kündigen (vgl. Nr. 9 Abs. 3). Unberührt bleibt der Anspruch des Auftraggebers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Auftragnehmer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

7. Urheberrechtsschutz

Die Leistungen des Auftragnehmers stellen dessen geistiges Eigentum dar. Sie sind urheberrechtlich geschützt. Einer Weitergabe von Arbeitsergebnissen außerhalb der bestimmungsgemäßen Verwendung ist nur mit vorheriger Zustimmung des Auftragnehmers in Textform zulässig.

8. Bemessung der Vergütung, Vorschuss und Aufrechnung

- (1) Die Vergütung (Gebühren und Auslagensatz) des Auftragnehmers für seine Berufstätigkeit nach § 33 StBerG bemisst sich nach der Steuerberatervergütungsverordnung (StBVV). Eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung kann in Textform vereinbart werden. Die Vereinbarung einer niedrigeren Vergütung ist nur in außergerichtlichen Angelegenheiten zulässig. Sie muss in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistung, der Verantwortung und dem Haftungsrisiko des Auftragnehmers stehen (§ 4 Abs. 3 StBVV).
- (2) Für Tätigkeiten, die in der Vergütungsverordnung keine Regelung erfahren gilt die vereinbarte Vergütung, anderenfalls die übliche Vergütung (§ 612 Abs. 2 und § 632 Abs. 2 BGB).
- (3) Eine Aufrechnung gegenüber einem Vergütungsanspruch des Auftragnehmers ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.
- (4) Für bereits entstandene und die voraussichtlich entstehenden Gebühren und Auslagen kann der Auftragnehmer einen Vorschuss fordern. Wird der eingeforderte Vorschuss nicht gezahlt, kann der Auftragnehmer nach vorheriger Ankündigung seine weitere Tätigkeit für den Auftraggeber einstellen, bis der Vorschuss eingeht. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Absicht, die Tätigkeit einzustellen, dem Auftraggeber rechtzeitig bekanntzugeben, wenn dem Auftraggeber Nachteile aus einer Einstellung der Tätigkeit erwachsen können.

9. Beendigung des Vertrags

- (1) Der Vertrag endet mit Erfüllung der vereinbarten Leistungen, durch Ablauf der vereinbarten Laufzeit oder durch Kündigung. Der Vertrag endet nicht durch den Tod, durch den Eintritt der Geschäftsunfähigkeit des Auftraggebers oder im Falle einer Gesellschaft durch deren Auflösung.
- (2) Der Vertrag kann -wenn und soweit er einen Dienstvertrag im Sinne der §§ 611, 675 BGB darstellt- von jedem Vertragspartner außerordentlich nach Maßgabe des § 627 BGB gekündigt werden, es sei denn, es handelt sich um ein Dienstverhältnis mit festen Bezügen, § 627 Abs. 1 BGB; die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer schriftlichen Vereinbarung, die zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber auszuhandeln ist.

- (3) Bei Kündigung des Vertrags durch den Auftragnehmer sind zur Vermeidung von Rechtsverlusten in jedem Fall noch diejenigen Handlungen durch den Auftragnehmer vorzunehmen, die zumalbar sind und keinen Aufschub dulden (z.B. Fristverlängerungsantrag bei drohendem Fristablauf).
- (4) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber alles, was er zur Ausführung des Auftrags erhält oder erhalten hat und was er aus der Geschäftsbesorgung erlangt, herauszugeben. Außerdem ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber die erforderlichen Nachrichten zu geben, auf Verlangen über den Stand der Angelegenheit Auskunft zu erteilen und Rechenschaft abzulegen.
- (5) Mit Beendigung des Vertrags hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer die bei ihm zur Ausführung des Auftrags eingesetzten Datenverarbeitungsprogramme einschließlich angefertigter Kopien sowie sonstige Programmunterlagen unverzüglich herauszugeben bzw. von der Festplatte zu löschen.
- (6) Nach Beendigung des Mandatsverhältnisses sind die Unterlagen beim Auftragnehmer abzuholen.

10. Vergütungsanspruch bei vorzeitiger Beendigung des Vertrags

- (1) Endet der Auftrag vor seiner vollständigen Ausführung, so richtet sich der Vergütungsanspruch des Auftragnehmers nach dem Gesetz. Soweit im Einzelfall hiervon abgewichen werden soll, bedarf es einer schriftlichen Vereinbarung, die gesondert zu erstellen ist und dem Auftraggeber ausgehändigt werden soll.

11. Aufbewahrung, Herausgabe und Zurückbehaltungsrecht von Arbeitsergebnissen und Unterlagen

- (1) Der Auftragnehmer hat die Handakten auf die Dauer von zehn Jahren nach Beendigung des Auftrags aufzubewahren. Diese Verpflichtung erlischt jedoch schon vor Beendigung dieses Zeitraums, wenn der Auftragnehmer den Auftraggeber schriftlich aufgefordert hat, die Handakten in Empfang zu nehmen und der Auftraggeber dieser Aufforderung binnen sechs Monaten, nachdem er sie erhalten hat, nicht nachgekommen ist.
- (2) Zu den Handakten im Sinne dieser Vorschrift gehören nur die Schriftstücke, die der Auftragnehmer aus Anlass seiner beruflichen Tätigkeit von dem Auftraggeber oder für ihn erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Briefwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift erhalten hat, sowie für die zu internen Zwecken gefertigten Arbeitspapiere (§ 66 Abs. 3 StBG).
- (3) Auf Anforderung des Auftraggebers, spätestens nach Beendigung des Auftrags, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber die Handakten innerhalb einer angemessenen Frist herauszugeben. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.
- (4) Der Auftragnehmer kann die Herausgabe seiner Arbeitsergebnisse und der Handakten verweigern, bis er wegen seiner Gebühren und Auslagen befriedigt ist. Dies gilt nicht, soweit die Zurückbehaltung nach den Umständen unangemessen wäre (§ 66 Abs. 2 Satz 2 StBerG).

12. Anzuwendendes Recht und Erfüllungsort

- (1) Für den Auftrag, seine Ausführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.
- (2) Erfüllungsort ist der Wohnsitz des Auftraggebers, soweit er nicht Kaufmann, juristische Person des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist, ansonsten die berufliche Niederlassung des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer ist nicht bereit, an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen (§§ 36, 37 VSBG).

13. Wirksamkeit bei Teilnichtigkeit, Änderungen und Ergänzungen

- (1) Falls einzelne Bestimmungen dieser Auftragsbedingungen unwirksam sein oder werden sollten, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine gültige zu ersetzen, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt.
- (2) Änderungen und Ergänzungen dieser Auftragsbedingungen bedürfen der Schriftform.